

FPÖ-Staudacher: Landesregierung darf Oberkärnten nicht weiter vernachlässigen!

Utl.: Kritik von Unternehmern endlich ernst nehmen – Liquidierung der EAK war auch schwerer Schlag für Bezirk Spittal

Nach dem heutigen Aufschrei von Oberkärntner Unternehmern und Kritik an der Untätigkeit der Landespolitik im Zusammenhang mit der von den Unternehmern geplanten Errichtung einer Standortagentur im Bezirk Spittal nach dem Vorbild der erfolgreichen Innos GmbH in Osttirol appelliert der FPÖ-Landtagsabgeordnete und Spittaler Stadtrat Christoph Staudacher an die Landesregierung, endlich tätig zu werden und Oberkärnten nicht weiter zu vernachlässigen.

„Nach jahrelanger Untätigkeit der rot-schwarzen Landesregierung darf so ein Aufschrei eines Topmanagers wie Klaus Raunegger nicht ungehört bleiben. Wirtschaftsreferent Sebastian Schuschnig muss endlich in die Gänge kommen und die bisherigen Versäumnisse von SPÖ und ÖVP aufholen. Die Unternehmer der Region engagieren sich auf allen Ebenen und versuchen etwas weiterzubringen, während die Regierung schläft“, so Staudacher. Der Bezirk Spittal sei seit Jahren das Stiefkind der SPÖ-ÖVP-Landesregierung, dies werde auch von den engagierten Unternehmern der Region bestätigt.

Der Landtagsabgeordnete erinnert daran, dass SPÖ und ÖVP im Jahr 2015 die höchst erfolgreich arbeitende Standortmarketingagentur EAK aus rein parteipolitischen Gründen liquidiert haben. „Seitdem steht die Landesregierung vor den Trümmern ihres eigenen Versagens. Die Liquidierung der EAK war auch ein schwerer Schlag für den Bezirk Spittal, es gibt keine adäquaten Ansprechpartner für neue Betriebsansiedelungen mehr.“ Ebenso gehe in Oberkärnten beim Projekt „Ausbau Mölltaler Gletscher“ und dem von der FPÖ mitentwickelten und forcierten Projekt „Interkommunale Wirtschaftsregion Spittal“ wenig bis gar nichts weiter, kritisiert Staudacher.

Der FPÖ-Abgeordnete verweist in diesem Zusammenhang auch auf den FPÖ-Vorschlag, für die Standortpolitik des Landes und die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine Projektentwicklungsgesellschaft (PEG) einzurichten. „Diese soll die Aufgaben der eingestampften EAK wahrnehmen und zusätzlich Projekte in allen Regionen Kärntens von A bis Z fertig planen und genehmigen lassen, um sie dann Unternehmern und Investoren national und international zur Umsetzung anzubieten. Damit wird den Investoren das Risiko jahrelanger Behördenverfahren genommen. Es kann sofort mit der Umsetzung begonnen werden“, verweist Staudacher auf die Vorteile. SPÖ und ÖVP würden den Vorschlag aus rein parteipolitischen Gründen blockieren, da die Idee von der FPÖ stammt.